

Übersicht 7

des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

über die dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht

A. Problem

Die in der Übersicht zusammengestellten Verfassungsstreitsachen sind dem Deutschen Bundestag vom Bundesverfassungsgericht zugeleitet worden. Der Bundestag hat in den Verfassungsgerichtsverfahren ein Recht zur Äußerung bzw. zum Verfahrensbeitritt.

B. Lösung

Der Rechtsausschuß empfiehlt, von einer Äußerung oder einem Verfahrensbeitritt abzusehen.

C. Alternativen

wurden im Ausschuß nicht erörtert.

D. Kosten

Es entstehen keine Kosten.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
von einer Äußerung oder einem Verfahrensbeitritt zu den nachstehend aufgeführten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

Bonn, den 13. Oktober 1978

Der Rechtsausschuß

Dr. Lenz (Bergstraße)

Vorsitzender und Berichterstatter

A. Aussetzungsbeschlüsse

Lfd. Nr.	BVerfG Az./Datum	Aussetzendes Gericht Beschl. v./Az.	Streitsache
8/111	2 BvL 2/78 6. 3. 1978	Oberlandesgericht Frankfurt am Main v. 6. 2. 1978 (Az. 3 Ws 7/78)	Herbeiführung einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber, ob § 17 des Hessischen Gesetzes über Freiheit und Recht der Presse — HessPresseG — vom 23. Juni 1949 (GVBl. S. 75) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 152) und der Bekanntmachung vom 20. November 1958 (GVBl. S. 183) mit Artikel 74 Nr. 1 und Artikel 72 Abs. 1 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 310 der Strafprozeßordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Januar 1975 (BGBl. I S. 129) vereinbar ist.
8/113	1 BvL 7/78 24. 2. 1978	Amtsgericht Bochum — Familiengericht v. 12. 1. 1978 (57 F 243/77)	1. ob Artikel 12 Nr. 3 Abs. 1 Nr. 7 d des 1. EheRG in Verbindung mit §§ 1587 ff. BGB mit dem Grundgesetz vereinbar ist. 2. Wenn die Frage zu 1. bejaht wird: ob § 1587 b Abs. 1 BGB mit dem Grundgesetz insoweit vereinbar ist, als das Familiengericht gehalten ist, unwiderruflich Rentenanwartschaften auf den berechtigten Ehegatten zu übertragen oder zu dessen Gunsten Rentenanwartschaften zu begründen, also auch für den Fall, daß der berechnete Ehegatte nach der Rechtskraft der Entscheidung und vor Erreichen der Altersgrenze und vor dem Eintritt eines Versicherungsfalles der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit stirbt.
8/114	1 BvL 10/78 3. 3. 1978	Sozialgericht Düsseldorf v. 13. 1. 1978 (S 10 J 163/75)	ob § 1233 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Rentenreformgesetzes vom 16. Oktober 1972 (BGBl. I S. 1965 ff.) — Ausschluß versicherter Ausländer von der freiwilligen Versicherung — mit dem Rechtsstaats- und Sozialstaatsprinzip des Artikels 20 Abs. 1 des Grundgesetzes und mit Artikel 3 Abs. 1 des Grundgesetzes vereinbar ist.
8/115	1 BvL 12/78 12. 3. 1978	Landgericht Passau v. 16. 2. 1978 (1.0.391/77)	a) ob § 5 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom 19. Dezember 1974 — BetrAVG — (BGBl. I S. 3610) insoweit verfassungswidrig ist, als er — auch für die Fälle der einzelvertraglich ausgewogen vereinbarten betrieblichen Altersversorgung — bestimmt, daß Leistungen der betrieblichen Altersversorgung nicht durch Anrechnung oder Berücksichtigung anderer Versorgungsbezüge, soweit sie auf eigenen Beiträgen des Versorgungsempfängers beruhen, gekürzt werden dürfen; b) ob — für den Fall, daß § 5 Abs. 2 Satz 1 BetrAVG gültig ist — § 17 Abs. 1 Satz 2 BetrAVG insoweit verfassungswidrig ist, als er bestimmt, daß § 5 Abs. 2 Satz 1 BetrAVG

Lfd. Nr.	BVerfG Az./Datum	Aussetzendes Gericht Beschl. v./Az.	Streitsache
8/115	1 BvL 12/78 12. 3. 1978	Landgericht Passau v. 16. 2. 1978 (1.0.391/77)	für Personen entsprechend gilt, die nicht Arbeitnehmer sind, wenn ihnen Leistungen der Hinterbliebenenversorgung aus Anlaß ihrer Tätigkeit für ein Unternehmen zugesagt worden sind; c) ob — für den Fall, daß auch diese Frage verneint wird — § 28 BetrAVG insoweit verfassungswidrig ist, als er bestimmt, daß § 5 Abs. 2 Satz 1 BetrAVG für Fälle gilt, in denen der Versorgungsfall vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eingetreten ist, mit der Maßgabe, daß diese Vorschrift bei der Berechnung der nach dem Inkrafttreten des Gesetzes fällig werdenden Versorgungsleistungen anzuwenden ist. a) ob § 5 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom 19. Dezember 1974 — BetrAVG — (BGBl. I S. 3610) insoweit verfassungswidrig ist, als er — auch für die Fälle der einzelvertraglich ausgewogenen vereinbarten betrieblichen Altersversorgung — bestimmt, daß Leistungen der betrieblichen Altersversorgung nicht durch Anrechnung oder Berücksichtigung anderer Versorgungsbezüge, soweit sie auf eigenen Beiträgen des Versorgungsempfängers beruhen, gekürzt werden dürfen; b) ob — für den Fall, daß § 5 Abs. 2 Satz 1 BetrAVG gültig ist — § 17 Abs. 1 Satz 2 BetrAVG insoweit verfassungswidrig ist, als er bestimmt, daß § 5 Abs. 2 Satz 1 BetrAVG für Personen entsprechend gilt, die nicht Arbeitnehmer sind, wenn ihnen Leistungen der Hinterbliebenenversorgung aus Anlaß ihrer Tätigkeit für ein Unternehmen zugesagt worden sind; c) ob — für den Fall, daß auch diese Frage verneint wird — § 28 BetrAVG insoweit verfassungswidrig ist, als er bestimmt, daß § 5 Abs. 2 Satz 1 BetrAVG für Fälle gilt, in denen der Versorgungsfall vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eingetreten ist, mit der Maßgabe, daß diese Vorschrift bei der Berechnung der nach dem Inkrafttreten des Gesetzes fällig werdenden Versorgungsleistungen anzuwenden ist.
8/117	1 BvL 24/77 17. 3. 1978	Arbeitsgericht Oldenburg v. 7. 9. 1977 (2 Ca 447/77)	ob § 9 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz), soweit die Frist von zwei Wochen auch dann eingreift, wenn der schwangeren Arbeitnehmerin die Schwangerschaft am letzten Tag der Frist noch nicht bekannt war und sie dem Arbeitgeber die Schwangerschaft nach Kenntniserlangung unverzüglich mitteilt, verfassungswidrig ist.

Lfd. Nr.	BVerfG Az./Datum	Aussetzendes Gericht Beschl. v./Az.	Streitsache
8/120	1 BvL 17/77 1 BvL 9/78 1 BvL 14/78 1 BvL 15/78 1 BvL 16/78 4. 4. 1978	Amtsgericht Altena i. d. F. v. 1. 3. 1978 — 8 F 19/77 — (1 BvL 17/77), Amtsgericht Gelsenkirchen-Buer v. 1. 2. 1978 — 19 F 67/77 — (1 BvL 9/78), Amtsgericht Dortmund v. 24. 2. 1978 — 173 F 205/77 — (1 BvL 14/78), Amtsgericht Wettern v. 3. 3. 1978 — 5 F 48/77 — (1 BvL 15/78), Oberlandesgericht Hamm v. 2. 2. 1978 — 1 UF 453/77 — (1 BvL 16/78)	ob folgende Gesetze verfassungswidrig sind: 1. Artikel 12 Nr. 3 Abs. 1 des 1. EheRG, soweit dadurch unter den „Folgen der Scheidung“ die aus §§ 1587 bis 1587p BGB (neu) — Versorgungsausgleich (VA) — auch für solche Ehen gelten, die vor dem 1. Juli 1977 geschlossen worden sind. 2. §§ 1587 bis 1587p BGB (neu) und die damit korrespondierenden Vorschriften der RVO und der dieser gleichgestellten Gesetze (AVG, Knapp-SG, Beamtenversorgungsgesetze des Bundes und der Länder usw.), soweit danach ein VA richterlich durchzuführen und versicherungsrechtlich auszuführen und beizubehalten ist ohne Rücksicht darauf, a) ob der Ausgleichsberechtigte den Rentenfall überhaupt erlebt, und/oder ob der Ausgleichsberechtigte vor dem Ausgleichsverpflichteten verstirbt (kein „Rückfall“ der Rente an den Verpflichteten bei Tod des Berechtigten), b) ob der Ausgleichsberechtigte sich durch Wiederheirat (insbesondere mit dem „Ehestörer“) eine angemessene, nachhaltige sonstige Altersversorgung verschafft oder verschaffen kann. 3. Artikel 12 Nr. 3 Abs. 3 Satz 3 und 4 des 1. EheRG.
8/121	1 BvL 11/78 12. 4. 1978	Landgericht Hannover v. 25. 1. 1978 (11 S 320/77)	ob § 49 Abs. 3 a Satz 2 des Bundesseuchengesetzes in der Fassung des 2. Änderungsgesetzes zum BSeuchG vom 25. August 1971 mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Die Bestimmung verletzt Artikel 3 Abs. 1 des Grundgesetzes deshalb, weil danach nur Selbständige, deren Betrieb oder Praxis während ihrer Absonderung ruht und nicht auch Selbständige, deren Betrieb oder Praxis auf Grund eines Verbots in der Ausübung ihrer bisherigen Erwerbstätigkeit ruht, den dort vorgesehenen Ersatzanspruch hinsichtlich der weiterlaufenden nicht gedeckten Betriebskosten erhält. Der Gesetzgeber ist insoweit willkürlich verfahren.
8/123	1 BvL 21/78 24. 4. 1978	Landgericht Hamburg v. 10. 4. 1978 (71 T 60/76)	ob § 7 Abs. 1 und 2 i. V. mit § 31 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 (BGBl. I S. 1153) — MitbestG — verfassungswidrig ist.
8/124	2 BvL 13/77 3. 5. 1978	Amtsgericht Mosbach v. 21. 12. 1977 (Ds 63/77)	ob § 78 b Abs. 2 Nr. 1 StGB mit dem Grundgesetz, insbesondere Artikel 103 Abs. 1 des Grundgesetzes vereinbar ist.

Lfd. Nr.	BVerfG Az./Datum	Aussetzendes Gericht Beschl. v./Az.	Streitsache
8/126	1 BvL 20/78 25. 4. 1978	Bundesgerichtshof v. 10. 3. 1978 — V ZR 73/76 —	ob Artikel 1 und 2 des Gesetzes zu dem Vertrag vom 19. Dezember 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Auswirkungen der Anlage und des Betriebs des Flughafens Salzburg auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland vom 9. Januar 1974 (BGBl. II S. 13) insoweit verfassungswidrig sind, als nach Artikel 1 des Gesetzes i. V. m. Artikel 4 Abs. 3 Satz 2 des Vertrags bei der Begründung von zivilrechtlichen Ansprüchen zur Abwehr von Lärmimmissionen nach deutschem Recht vor deutschen Gerichten § 11 LuftVG i. V. m. § 26 GewO (jetzt § 14 BImSchG) sinngemäß Anwendung findet, soweit der Flughafen nach den geltenden österreichischen Vorschriften und im Rahmen dieses Vertrags betrieben wird, und als nach Artikel 2 des Gesetzes für die nach dem genannten Vertrag von der Bundesrepublik Deutschland anzuwendenden deutschen Rechtsvorschriften der Flughafen Salzburg als auf deutschem Hoheitsgebiet gelegen gilt.
8/128	1 BvL 19/78 10. 5. 1978	Arbeitsgericht Düsseldorf v. 11. 1. 1978 (9 Ca 5398/77)	ob § 9 I 1 MuschG hinsichtlich der Fristenregelung auch dann mit Artikel 6 Abs. 4 des Grundgesetzes vereinbar ist, wenn die Schwangere von der Schwangerschaft unverschuldet keine Kenntnis hatte und die in § 9 I 1 MuschG vorgesehene Mitteilung unverzüglich nach Kenntnis an den Arbeitgeber ergeht.
8/130	1 BvL 24/78 8. 5. 1978	Verwaltungsgericht Darmstadt v. 30. 3. 1978 — I E 153/77 —	ob § 9 des Hessischen Gesetzes über Freiheit und Recht der Presse in der Fassung vom 20. November 1958 (GVBl. S. 183) insoweit mit dem Grundgesetz vereinbar ist, als der Hessische Kultusminister ermächtigt worden ist zu bestimmen, daß von jedem im Geltungsbereich des Gesetzes erscheinenden Druckwerk ein Belegstück kostenlos an die vom Hessischen Kultusminister bestimmte zuständige Bibliothek abgeliefert werden muß.

B. Verfassungsbeschwerden

Lfd. Nr.	BVerfG Az./Datum	Verfassungsbeschwerde
8/112	1 BvR 90/76 1 BvR 252/76 1 BvR 262/76 1 BvR 697/76 15. 2. 1978	des Herrn Albert Brunotte, Martin-Luther-Straße 48, Bad Nenndorf, — 1 BvR 90/76 — der Frau Renate Platt, Ringbergweg 6, Rottach-Weißbach, u. a. — 1 BvR 252/76 — des Herrn Bernd Sovinz, Depotstraße 3, Augsburg 22, — 1 BvR 262/76 — unmittelbar gegen Artikel 1 Nr. 2 §§ 2 bis 6 i. V. m. § 1 Nr. 2 und Artikel 1 Nr. 2 § 8 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1509) der Frau Renate Platt, Ringbergweg 6, Rottach-Weißbach, gegen das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 15. Juni 1977 — I ZR 184/75 —, mittelbar gegen die vorgenannten Vorschriften — 1 BvR 697/77 —
8/116	1 BvR 1222/77 14. 3. 1978	des Herrn Dieter Ohly, Düsseldorf, vom 27. Dezember 1977 gegen § 20 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Modernisierung von Wohnungen (Wohnungsmodernisierungsgesetz — WoModG) vom 23. August 1976 (BGBl. I S. 2429)
8/118	2 BvR 64/78 5. 4. 1978	1. des Kaufmanns Günther Kosiol, Gutenbergstraße 38, Siegen 21, 2. der Kosiol & Co. KG, vertreten durch ihren Geschäftsführer, den Beschwerde- führer zu 1., Gutenbergstraße 38, Siegen 21, gegen die Verordnung PR Nr. 1/77 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen für Schul- bücher vom 21. Januar 1977 (BAnz. Nr. 16 vom 25. Januar 1977)
8/119	1 BvR 290/78 5. 4. 1978	des Herrn Bernd Klein, Am Marienhain 39, 5901 Wilnsdorf 5, gegen Artikel 1 Nr. 8 Buchstaben c und d des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bun- desjagdgesetzes vom 28. September 1976 (BGBl. I S. 2841), soweit Falknerjagd- scheinbewerber im Rahmen der Jägerprüfung ausreichende Kenntnisse des Waf- fenrechts, der Waffenkunde und der Führung von Jagdwaffen (einschließlich Faustfeuerwaffen) nachweisen und eine Schießprüfung ablegen müssen
8/122	1 BvR 419/78 26. 4. 1978	der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V., gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten, Humboldtstraße 9, Düsseldorf, vom 14. April 1978, gegen a) den Beschluß des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 8. März 1978 — 19 W 16/77 — b) den Beschluß des Landgerichts Düsseldorf vom 28. Juni 1977 — 25 AktE 1/76 —

Lfd. Nr.	BVerfG Az./Datum	Verfassungsbeschwerde
8/125	1 BvR 283/78 3. 5. 1978	der Frau Alice Sacknus, Porto Alegre, vertreten durch Frau Gertraude Dalibor, Porto Alegre (Brasilien) unmittelbar gegen a) den Beschluß des Bundessozialgerichts vom 7. Oktober 1977 — 1 BA 153/77 —, b) das Urteil des Landessozialgerichts Berlin vom 19. April 1977 — L 12 An 143/76 —, c) das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 8. Dezember 1975 — S 13 An 385/75 —, d) den Bescheid der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, vom 18. September 1974 — Vers.-Nr. 970 53 120507 S 51211; Bearb.-Kennz. 5542 —, mittelbar gegen § 94 des Angestelltenversicherungsgesetzes
8/127	1 BvR 303/78 24. 4. 1978	des Universitätsdozenten Dr. Nikolaus Wenturis, Tübingen. und 56 weiterer Beschwerdeführer Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Hans-Jörg Birk, Werastraße 9, Stuttgart 1, gegen § 131 Abs. 2 Satz 2 zweiter Halbsatz des Gesetzes über die Universitäten im Lande Baden-Württemberg (Universitätsgesetz — UG) vom 22. November 1977 (GBl. 1977 S. 473)
8/129	1 BvR 179/78 9. 5. 1978	der Frau Käthe Barkhorn, Bremerhaven, Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Heinz Gester, Hans-Böckler-Straße 39, Düsseldorf 30, unmittelbar gegen das Urteil des Bundessozialgerichts vom 18. November 1977 — 5/12 RJ 62/74 — mittelbar gegen § 1302 Abs. 1 RVO